

Antragsnummer: S2

Antragsteller: Unterbezirk Bamberg-Forchheim

Weiterleitung an: SPD Bezirksparteitag, Juso-Landeskonferenz, SPD

Landesparteitag

Regelung zu sicheren Herkunftsstaaten im Asylrecht abschaffen

Am 19. September 2014 wurde vom Bundesrat eine höchst umstrittene Ergänzung des geltenden Asylrechts mit knapper Mehrheit verabschiedet. So wurden drei neue Länder zur Kategorie der sicheren Herkunftsländer hinzugefügt: Serbien, Mazedonien und Bosnien---Herzegowina.

Seit dem „Asylkompromiss“ von 1993 werden Asylanträge aus den so klassifizierten Staaten in einem Schnellverfahren bearbeitet. Dabei geht man von der gesetzlichen Vermutung aus, dass in diesen Ländern keine Gefährdungen vorliegen. Dementsprechend ist die prinzipielle Chance auf einen erfolgreichen Asylantrag verschwindend gering bis unmöglich. Momentan gilt diese Vermutung bis auf Ghana und Senegal nur für Staaten der Europäischen Union sowie Serbien, Mazedonien und Bosnien---Herzegowina.

Doch besteht großer Zweifel daran, dass diese gesetzliche Vermutung der Wirklichkeit gerecht wird. Betrachtet man gerade die drei neu hinzugefügten Staaten, so kann man sicherlich kaum von sicheren Herkunftsländern reden.

So wird Mazedonien von „Reporter ohne Grenzen“ nur noch als ein halbfreies Land bezeichnet und belegte beim aktuellen Presseindex Platz 123 von 180. Die Situation hat sich in Mazedonien für die Presse seit 2009 drastisch verändert. Mittlerweile müssen Reporter_innen staatliche Repressionen fürchten und es kann zu langjährigen Haftstrafen kommen, wenn man sich regierungskritisch äußert.

Ebenso ist die Situation für LGBTI---Aktivist_innen in Mazedonien äußerst problematisch. So kam es immer wieder zu homophoben Übergriffen und auch Anschlägen gegen LGBTI---Einrichtungen. Doch solche Angriffe werden weder von den Behörden als solche registriert noch scheint eine Strafverfolgung statt zu finden. Die Täter_innen kommen oft ungestraft davon. Daneben fällt auf, dass auch mazedonische Politiker_innen sowie die Medien sich an einer homophoben Hetze und Stimmungsmache beteiligen. Für Lesben, Schwule, Bi---, Trans---, und Intersexuelle gibt es in Mazedonien keinen staatlichen Schutz und Hilfe.

Auch die Situation der Roma in Mazedonien ist katastrophal. Roma sind dort gesellschaftlich stigmatisiert und werden offen sowie aktiv in Mazedonien ausgegrenzt. So haben Roma kaum ordentlichen Zugang zum Gesundheitswesen und werden oft in Einrichtungen sowie auch beim ärztlichen Notdienst ohne Begründung abgewiesen bzw. diskriminiert. In Punkto Bildung sind Roma ebenfalls deutlich benachteiligt. So besuchen nur 74% der Roma eine Grundschule, dagegen besuchen über 90% der Bevölkerung Mazedoniens eine Grundschule. Auch werden 42,5 % der Roma--- Kinder ohne Begründung auf

Sonderschulen geschickt. Ebenso werden Roma rechtswidrig ihre Ausweisdokumente seitens der Behörden entzogen, damit diese nicht mehr aus Mazedonien ausreisen und in EU-Ländern Asyl beantragen können. Dieser Passentzug geschieht im „nationalen Interesse“, da befürchtet wird, dass die massenhafte Asylantragsstellung dem Ansehen Mazedoniens schaden würde.

Das Beispiel Mazedonien zeigt, dass es sich hier sicherlich nicht um ein sicheres Herkunftsland handelt. Auch die Situation in Serbien und Bosnien-Herzegowina ist durchaus vergleichbar besonders was die systematische Diskriminierung von Roma angeht. Aber auch die Situation für Schwule, Lesben, Bi-, Trans, und Intersexuelle ist dort von Gewalt und gesellschaftlicher Ausgrenzung geprägt. Es gibt keinen effektiven Schutz von Minderheiten in diesen Ländern.

Daher fordern wir, dass die Regelung bzgl. sicherer Herkunftsländern abgeschafft wird. Vielmehr muss jedes einzelne Schicksal gewürdigt werden und eine Entscheidung über einen Asylantrag darf nicht von einer gesetzlichen Vermutung abhängen. Gerade die Beispiele Mazedonien, Serbien und Bosnien-Herzegowina machen deutlich, dass der Begriff eines sicheren Herkunftsstaats reine Illusion ist.